

Antrag

der Abgeordneten Dr. Uwe Jens, Hermann Bachmaier, Holger Bartsch, Hans Berger, Hans Gottfried Bernrath, Lieselott Blunck (Uetersen), Dr. Ulrich Böhme (Unna), Arne Börnsen (Ritterhude), Hans Martin Bury, Peter Conradi, Anke Fuchs (Köln), Dr. Fritz Gautier, Volker Jung (Düsseldorf), Dr. Karl-Heinz Klejdzinski, Dr. Elke Leonhard-Schmid, Dieter Maaß (Herne), Herbert Meißner, Albrecht Müller (Pleisweiler), Christian Müller (Zittau), Adolf Ostertag, Albert Pfuhl, Peter W. Reuschenbach, Otto Schily, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Ernst Schwanhold, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Dr. Dietrich Sperling, Ludwig Stiegler, Dr. Peter Struck, Hans-Eberhard Urbaniak, Wolfgang Weiermann, Jochen Welt, Helmut Wieczorek (Duisburg), Dr. Norbert Wieczorek, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Verena Wohlleben, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

Die deutsche Wirtschaft durch Senkungen der Leitzinsen und durch eine europäische Konjunkturinitiative aus der Rezession führen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

- Die Rezession in Deutschland hat sich nachhaltig verschärft. In den ersten Monaten dieses Jahres ist das Bruttosozialprodukt in Deutschland um real 3,7 % geschrumpft. Die Ausrüstungsinvestitionen in der deutschen Wirtschaft sind um nahezu 15 % eingebrochen. Die Arbeitslosigkeit hat sich in Deutschland weiter verfestigt. Selbst im sonst günstigen Monat Mai ist die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland im Vorjahresvergleich dramatisch um 26 % auf 2,15 Mio. Arbeitslose auf den höchsten Stand der Mai-Arbeitslosigkeit seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland angestiegen. Auch bei den Kurzarbeitern ist mit 937 000 ein schlimmer Nachkriegsrekord erreicht. In Ostdeutschland ist mit 1,1 Mio. Arbeitslosen und einer Arbeitslosenquote von 15,1 % keine Besserung eingetreten. Eine konjunkturelle Wende ist nicht in Sicht. Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht nur international, sondern auch in der Europäischen Gemeinschaft Schlußlicht und Bremser der Wirtschaftsentwicklung. Dies bestätigen neueste Wirtschaftsforschungsergebnisse der Konjunkturforschungsinstitute;
- ein konjunkturpolitisch notwendiges Gegensteuern mit den klassischen Instrumenten der Wirtschafts- und Finanzpolitik kommt nicht in Frage, da die Bundesregierung fast jeglichen

finanzpolitischen Handlungsspielraum vertan hat. Die ständig steigende Neuverschuldung in den letzten Jahren auch bei hohem wirtschaftlichem Wachstum hat zur Folge, daß die Grenzen der Verschuldung nahezu erreicht und in der jetzigen Rezession eine weitere Erhöhung der Verschuldung für konjunkturstützende Maßnahmen kaum in Betracht kommen kann. Das Versäumnis, die deutsche Einheit durch Verschuldung finanziert zu haben, anstatt die damals vorhandene Bereitschaft der Bevölkerung für finanzielle Solidarleistungen zu nutzen, hat den finanzpolitischen Handlungsspielraum vollends eingeengt. Die Bundesregierung trägt hierfür die Verantwortung;

- ohne nachhaltige Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft ist der wirtschaftliche Niedergang in Ostdeutschland nicht aufzuhalten. Die fortgesetzte Untätigkeit der Bundesregierung führt damit zwangsläufig zu einer nachhaltigen Schwächung der deutschen Wirtschaftskraft und zu einer Zerrüttung der Staatsfinanzen.
1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, in der Europäischen Gemeinschaft eine europäische Konjunkturinitiative anzuregen, mit der zum einen die währungs-, wirtschafts- und finanzpolitischen Rahmenbedingungen der Mitgliedsländer für eine Wiederbelebung der Wirtschaft in der Europäischen Gemeinschaft koordiniert und darüber hinaus zum anderen konkrete Impulse für mehr öffentliche und private Investitionen in der EG initiiert werden.
 2. Um die in diesem Sinne dringend notwendige Initiative für Wachstum und Beschäftigung mit allen Beteiligten abzustimmen, wird die Bundesregierung aufgefordert, die konzertierte Aktion nach dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz einzuberufen. Eine konzertierte Aktion von Staat, Wirtschaft, Gewerkschaften und Bundesbank ist dringend erforderlich, um das Vertrauen in die Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands wiederherzustellen. Eine Wachstums- und Beschäftigungsinitiative ist eng mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik zu verknüpfen. Die Mittel der Arbeitsmarktpolitik müssen gezielt für mehr Beschäftigung und für dringend erforderliche Qualifizierungsmaßnahmen eingesetzt werden. Alle Beteiligten an der konzertierten Aktion müssen ihren Beitrag leisten, um die Fundamente der Wirtschaft wieder ins Lot zu bringen.
 3. Europäische Konjunkturinitiative und die Rückkehr zu einer soliden Wirtschaftspolitik in Deutschland im Rahmen der konzertierten Aktion müssen die Voraussetzungen für Zinssenkungen in Deutschland und deren europäischen Partnerländern schaffen. Die Bundesbank wird aufgefordert, im Gleichklang mit den anderen europäischen Notenbanken die Leitzinsen in der nächsten Zeit in deutlichen Schritten auf ein konjunktur- und beschäftigungsgerechtes Niveau zu senken. Die Absprachen mit den anderen europäischen Notenbanken müssen sicherstellen, daß diese Zinssenkungen zugleich zu einer Stärkung des europäischen Währungssystems führen.

4. Die Bundesregierung wird aufgefordert, durch Umschichtung von Haushaltsmitteln notwendige Investitionen in die wirtschaftliche und ökologische Erneuerung vorzuziehen. Ferner fordern wir die umgehende Verwirklichung unserer Anträge für

- ein Zukunftsinvestitionsprogramm „Ökologische Modernisierung statt Arbeitslosigkeit“ für die neuen Bundesländer;
- Investitionen in sanierungsfähigen Treuhandunternehmen;
- Modernisierungsdarlehen für privatisierte ostdeutsche Industrieunternehmen.

Bonn, den 30. Juni 1993

Dr. Uwe Jens
Hermann Bachmaier
Holger Bartsch
Hans Berger
Hans Gottfried Bernrath
Lieselott Blunck (Uetersen)
Dr. Ulrich Böhme (Unna)
Arne Börnsen (Ritterhude)
Hans Martin Bury
Peter Conradi
Anke Fuchs (Köln)
Dr. Fritz Gautier
Volker Jung (Düsseldorf)
Dr. Karl-Heinz Klejdzinski
Dr. Elke Leonhard-Schmid
Dieter Maaß (Herne)
Herbert Meißner
Albrecht Müller (Pleisweiler)
Christian Müller (Zittau)

Adolf Ostertag
Albert Pfuhl
Peter W. Reuschenbach
Otto Schily
Horst Schmidbauer (Nürnberg)
Ernst Schwanhold
Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
Dr. Dietrich Sperling
Ludwig Stiegler
Dr. Peter Struck
Hans-Eberhard Urbaniak
Wolfgang Weiermann
Jochen Welt
Helmut Wieczorek (Duisburg)
Dr. Norbert Wieczorek
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Verena Wohlleben
Hans-Ulrich Klose und Fraktion

